

Ergebnisniederschrift

**über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HFA/IX-027/2015)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

**am 02.02.2015, 15:05 Uhr bis 16:30 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt**

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Haushaltskonsolidierung
1.1.	Haushaltskonsolidierung: Gremien des Landkreises HSK Nr. 3 Vorlage: 2202-2014/DaDi
1.1.1.	Haushaltskonsolidierung: Gremien des Landkreises Änderungsantrag SPD, Grüne Vorlage: 2600-2014/DaDi
1.2.	Haushaltskonsolidierung: Wirtschafts- und Tourismusförderung HSK Nr. 261 - 268 / KGSt Nr. 1, 2 Vorlage: 2226-2014/DaDi
2.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
2.1.	Haushaltssicherungskonzept 2014 - Antrag FDP Vorlage: 1984-2014/DaDi
2.1.1.	Haushaltssicherungskonzept 2014 - Ergänzungsantrag FW-PP Vorlage: 2592-2014/DaDi
2.2.	Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2014 des Da-Di-Werkes Vorlage: 2522-2014/DaDi
2.3.	Neufassung der Bauaufsichtsgebührensatzung - BaGebS- Vorlage: 2512-2014/DaDi
2.4.	Abschluss eines Vergleichs zwischen den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg und dem St. Rochus Krankenhaus Vorlage: 2540-2014/DaDi

2.5.	Betrauungsakt mit dem SENIO-Zweckverband und deren Tochtergesellschaft Seniorendienstleistungs gGmbH Gersprenz
2.6.	"Medizinische Versorgung sichern im Landkreis Darmstadt-Dieburg" Positionspapier
2.7.	Informationsfreiheitsatzung
2.7.1.	Prüfantrag IFS - Antrag FW-PP Vorlage: 1438-2013/DaDi
2.7.2.	Bürgerauskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz Antrag Die Linke Vorlage: 1521-2013/DaDi
2.7.3.	Informationsfreiheitsatzung - Antrag FW-PP Vorlage: 2647-2014/DaDi
2.7.4.	Informationsfreiheitsatzung - Änderungsantrag SPD, Grüne Vorlage: 2694-2015/DaDi
2.8.	Energiesicherung - Vermeidung von Stromsperrern - Antrag Die Linke Vorlage: 2643-2015/DaDi
2.9.	Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg - Antrag CDU Vorlage: 2475-2014/DaDi
2.10.	KiBiS - Antrag CDU Vorlage: 2651-2015/DaDi
2.10.1.	KiBiS - Änderungsantrag SPD, Grüne Vorlage: 2689-2015/DaDi
3.	Kenntnisnahmen
3.1.	Zwischenbericht 3. Quartal 2014 des Eigenbetriebes Da-Di-Werk Vorlage: 2524-2014/DaDi
3.2.	Entwicklung Arbeitslosenzahlen (Oktober 2014) Vorlage: 2527-2014/DaDi
3.3.	Prolongation von Darlehen des Landkreises ab dem 30.12.2014; Roll-Over-Vereinbarung (500 636 400) Vorlage: 2543-2014/DaDi
3.4.	Prolongation von Darlehen des Landkreises ab dem 30.12.2014; Roll-Over-Vereinbarung (640 001 046) Vorlage: 2544-2014/DaDi
3.5.	Prolongation von Darlehen des Landkreises ab dem 30.12.2014; Roll-Over-Vereinbarung (640 001 054) Vorlage: 2545-2014/DaDi
3.6.	Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 1.400.000,00 EUR für den Eigenbetrieb Kreiskliniken zum 25.11.2014 Vorlage: 2552-2014/DaDi
3.7.	Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 950.000,00 EUR für den Eigenbetrieb Kreiskliniken zum 25.11.2014 Vorlage: 2553-2014/DaDi

3.8.	Darlehen des Hessischen Investitionsfonds – Abteilung B; Schulbaupauschaldarlehen für das Wirtschaftsjahr 2014 Vorlage: 2574-2014/DaDi
3.9.	3. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebes "KiBiS" Vorlage: 2580-2014/DaDi
3.10.	3. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2014 Vorlage: 2603-2014/DaDi
3.11.	Entwicklung Arbeitslosenzahlen (November 2014) Vorlage: 2633-2014/DaDi
3.12.	Inklusionsbericht 2014 Vorlage: 2641-2015/DaDi
3.13.	Aktualisierung der Richtlinie zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zum 01.02.2015 Vorlage: 2662-2015/DaDi
4.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Rolf Geiger	
Herr Bürgermeister Karl Hartmann	
Herr Hans-Dieter Karl	ab TOP 2.1 und 2.1.1 (15:15 Uhr)
Herr Hans-Joachim Larem	
Herr Bürgermeister Werner Schuchmann	
Frau Bürgermeisterin Christel Sprößler	
Fraktion der CDU	
Herr Peter Christ	
Herr Heiko Handschuh	Vertreter für Abg. Spyra, Evelin
Herr Bürgermeister Carsten Helfmann	
Herr Fraktionsvorsitzender Lutz Köhler	
Herr Reinhard Rupprecht	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Christian Flöter	
Frau Fraktionsvorsitzende Brigitte Harth	Vertreterin für Abg. Myrzik, Jochen
Herr Dr. Walter Sydow	
Fraktion der FDP	
Herr Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Hoffie	
Fraktion der FW-PP	
Herr Karl-Heinz Prochaska	
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
Kreistagspräsidium	
Frau Barbara Roos	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpennig	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Herr Kreisbeigeordneter Uwe Bülter	bis TOP 3.1 (16:10 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Frau Kreisbeigeordnete Christa Lettau	
Herr Kreisbeigeordneter Rolf Meyer	
Herr Kreisbeigeordneter Tilman Schmieder-Harth	ab TOP 1.1 und 1.1.1 (15:09 Uhr) bis TOP 3.1 (16:10 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Marianne Streicher-Eickhoff	
Herr Kreisbeigeordneter Georg Theiß	
Frau Kreisbeigeordnete Karin Voigt	bis TOP 3.6 und 3.7 (16:16 Uhr)
beratende Mitglieder	
Herr George Bal	
Verwaltung	
Herr Roman Gebhardt	

Anwesende
Frau Christine Griga
Herr Michael Hutterer
Herr Christian Keller
Herr Rainer Leiß
Frau Martina Löffler
Frau Nicole Mally
Herr Patrick Nickel
Frau Johanna Schwarz

Abwesende
Fraktion der CDU
Frau Evelin Spyra
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen
Herr Jochen Myrzik

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss ist beschlussfähig.
3. **Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Auf Nachfrage von **Abg. Prochaska** (FW-PP) teilt **stellvertretender Vorsitzender Schuchmann** mit, dass es nicht zulässig ist, dass für die Beratung und Abstimmung von Tagesordnungspunkt 2.7 ein Wechsel des Ausschusssitzes mit **Abg. Brechtel** (FW-PP) stattfindet. Weiter stellt **stellvertretender Vorsitzender Schuchmann** das Einvernehmen fest, Tagesordnungspunkt 2.9 nach Tagesordnungspunkt 2.6 aufzurufen und zu beraten. Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 24. Sitzung und der 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Johanna Schwarz.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Haushaltskonsolidierung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 1.1.

Vorlage-Nr.: 2202-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-024

Betreff: **Haushaltskonsolidierung: Gremien des Landkreises
HSK Nr. 3**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 1.1 und 1.1.1 zusammen aufzurufen und zu beraten und stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Weiterhin stellt er fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig zustimmt die Vorlage der Liste 1 zuzuordnen und stellt fest, dass damit eine Beschlussempfehlung an den Kreistag herbeigeführt werden kann.

Er lässt zunächst über den Änderungsantrag von SPD und Bündnis90/Die Grünen abstimmen und stellt nach Abstimmung fest, dass dieser beschlossen ist. Tagesordnungspunkt 1.1 ist damit in der Fassung des Änderungsantrages beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, ob und inwieweit sich im Bereich Gremien Einsparungen erzielen lassen.

1. die Kommission Demografische Entwicklung soll abgeschafft werden
2. die Kommission KfB und der Fachbeirat sollen zu einem Gremium zusammengelegt werden
3. Sondertermine sollen vermieden werden
4. die Möglichkeit von Umlaufbeschlüssen soll besonders für Betriebskommissionen verstärkt genutzt werden
5. die Anwesenheit von Verwaltungsmitgliedern soll bei Fachausschüssen und Kreistagssitzungen auf das Notwendigste beschränkt werden
6. durch eine bessere Strukturierung der Tagesordnungspunkte unter Beifügung zeitlicher Vorgaben soll erreicht werden, dass hinzugezogene Verwaltungspersonen ihre Anwesenheit darauf beschränken können.

Beschluss zu TOP 1.1.1.

Vorlage-Nr.: 2600-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-024

Betreff: **Haushaltskonsolidierung: Gremien des Landkreises
Änderungsantrag SPD, Grüne**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Abg. Helfmann (CDU) beantragt eine getrennte Abstimmung über die Punkte 1.-5. und den Punkt 6.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, ob und inwieweit sich im Bereich Gremien Einsparungen erzielen lassen.

7. die Kommission Demografische Entwicklung soll abgeschafft werden
8. die Kommission KfB und der Fachbeirat sollen zu einem Gremium zusammengelegt werden
9. Sondertermine sollen vermieden werden
10. die Möglichkeit von Umlaufbeschlüssen soll besonders für Betriebskommissionen verstärkt genutzt werden
11. die Anwesenheit von Verwaltungsmitgliedern soll bei Fachausschüssen und Kreistagssitzungen auf das Notwendigste beschränkt werden
12. durch eine bessere Strukturierung der Tagesordnungspunkte unter Beifügung zeitlicher Vorgaben soll erreicht werden, dass hinzugezogene Verwaltungspersonen ihre Anwesenheit darauf beschränken können.

Abstimmungsergebnis: Punkte 1.-5.

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Abstimmungsergebnis: Punkt 6.

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.2.

Vorlage-Nr.: 2226-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-024

Betreff: **Haushaltskonsolidierung: Wirtschafts- und Tourismusförderung
HSK Nr. 261 - 268 / KGSt Nr. 1, 2**

Beschluss: **zurückgestellt**

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann stellt das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest, die Vorlage zurückzustellen und sie daher auf der zweiten Liste zu belassen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Aufgaben der Wirtschaftsförderung (Produkte 150101) werden auf den Verein Standortmarketing Darmstadt-Dieburg e. V. übertragen.
2. Zur Erfüllung der Aufgaben wird dem Verein im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Personal im Umfang von 2,5 Stellen zur Verfügung gestellt.
3. Darüber hinaus hat der Verein seine Finanzierung selbst sicherzustellen.
4. Die in die Gremien des Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald e. V. und der Touristik-Service Bergstraße-Odenwald e. V. entsandten werden beauftragt darauf hinzuwirken, dass die beiden Vereine ab dem Jahr 2020 ohne kommunale Beiträge und Zuschüsse auskommen.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 1984-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Haushaltssicherungskonzept 2014 - Antrag FDP**

Beschluss: **zurückgestellt**

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann verweist auf das vereinbarte Verfahren mit dem vorliegenden Antrag und schlägt mit Zustimmung des Antragstellers vor, den Antrag zurückzustellen.

Er stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Abg. Helfmann (CDU) regt an, dass sich das Kreistagspräsidium auf ein Verfahren mit im Geschäftsgang befindlichen Anträgen verständigt. **Kreistagsvorsitzende Wucherpfennig** sagt zu, das Thema in der nächsten Sitzung aufzurufen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, einen entscheidungsreifen Maßnahmenkatalog vorzulegen, der konkret den finanziellen und zeitlichen Umfang der einzelnen Vorschläge bewertet, mit dem das für 2014 angestrebte Konsolidierungsziel erreicht wird.

Beschluss zu TOP 2.1.1.

Vorlage-Nr.: 2592-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-001

Betreff: **Haushaltssicherungskonzept 2014 - Ergänzungsantrag FW-PP**

Beschluss: **zurückgestellt**

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann stellt unter Verweis auf die Zurückstellung des Ursprungsantrages fest, dass der Ergänzungsantrag zurückgestellt wird.

Beschlussvorschlag:

Die von den Konsolidierungsmaßnahmen Betroffenen sind schon im Vorfeld über die geplante Entscheidung zu informieren. Ihnen soll die Gelegenheit gegeben werden dazu eine Stellungnahme abzugeben, welche den politischen Gremien vorgelegt wird.

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 2522-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-027

Betreff: **Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2014 des Da-Di-Werkes**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Zur Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2014 wird die Schüller mann und Partner AG, Dreieich, zu einem Honorar von

11.067,-- € inkl. MwSt.

bestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 2512-2014/DaDi

Aktenzeichen: 099-015

Betreff: **Neufassung der Bauaufsichtsgebührensatzung - BaGebS-**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Neufassung der Satzung des Landkreises Darmstadt-Dieburg über die Erhebung von Bauaufsichtsgebühren (Bauaufsichtsgebührensatzung -BaGebS-) wird zugestimmt.

Die vom Kreisausschuss ausgearbeiteten Richtlinien werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.4.

Vorlage-Nr.: 2540-2014/DaDi

Aktenzeichen: 519-021

Betreff: **Abschluss eines Vergleichs zwischen den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg und dem St. Rochus Krankenhaus**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Landrat Schellhaas beantwortet Fragen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Grundlagenvereinbarung zwischen der Kreisklinik und dem St. Rochus vom 30.06.2010 und der Gestellungsvertrag zur kardiologischen Versorgung zwischen den Kreiskliniken und dem St. Rochus Krankenhaus ebenfalls vom 30.06.2010 werden im gegenseitigen Einvernehmen zum 31.12.2012 beendet.
2. Bis zum 31.12.2012 wechselseitig empfangene Leistungen werden nicht zurück gewährt. Im Übrigen verzichten die Parteien wechselseitig auf etwaige bestehende fällige und/oder noch nicht fällige vertragliche Forderungen, ebenso wie die Geltendmachung etwaiger vertraglicher Schadenersatzansprüche.
3. Im Hinblick auf die einvernehmliche Vertragsbeendigung zahlt die St. Rochus an die Kreisklinik einen Betrag in Höhe von € 325.000,00. Der Betrag ist am 24.02.2015 zur Zahlung fällig und im Falle des Verzuges mit 5 % Prozentpunkten über dem Basiszins zu verzinsen.
4. Die Parteien erklären den Rechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main (Az. 12 U 83/13) für erledigt. Die Kosten dieses Verfahrens werden gegeneinander aufgehoben. (s.u.).
5. Der Rechtsstreit vor dem Landgericht Darmstadt (Az. 1 O 244/13) wird nicht wieder aufgenommen. Das St. Rochus, das in dem zuvor genannten Verfahren Klägerin ist, nimmt die Klage zurück. Der Kreisklinik, die in dem zuvor genannten Verfahren Beklagte ist, verpflichtet sich, keinen Kostenantrag zu stellen.
6. Der Vergleich wird am 16.02.2015 wirksam, wenn nicht die Kreisklinik den Vergleich durch bei Gericht einzureichenden Schriftsatz bis zum 16.02.2015 für den Fall widerruft, dass der Kreistag des Landkreis Darmstadt-Dieburg dem vorliegenden Vergleich nicht zustimmt.
7. Mit Durchführung dieses Vergleichs sind alle wechselseitigen Ansprüche der Parteien, seien sie bekannt oder unbekannt, gleichviel aus welchem Rechtsgrunde, endgültig erledigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Betrauungsakt mit dem SENIO-Zweckverband und deren Tochtergesellschaft
Seniordienstleistungs gGmbH Gersprenz**

Beschluss: **abgesetzt**

Landrat Schellhaas teilt mit, dass es von Seiten des Kreis Ausschusses hierzu noch Beratungsbedarf gibt, sodass eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen kann.

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss den Punkt daher von der Tagesordnung absetzt.

Beschluss zu TOP 2.6.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **"Medizinische Versorgung sichern im Landkreis Darmstadt-Dieburg"
Positionspapier**

Beschluss: **abgesetzt**

Landrat Schellhaas teilt mit, dass er zur Kreistagssitzung am 09.02.2015 ein Konzept vorlegen wird, das als Diskussionsgrundlage dienen soll und zu dem eine politische Diskussion erwünscht ist. Er gibt hierzu weitere Erläuterungen und erklärt, dass eine Beschlussfassung des Konzeptes nicht in dieser Kreistagssitzung vorgesehen ist. Er gibt dem Haupt- und Finanzausschuss den als Tischvorlage verteilten Protokollauszug des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales vom 29.10.2014 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 2.7.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Informationsfreiheitssatzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.7.1.

Vorlage-Nr.: 1438-2013/DaDi
Aktenzeichen: 099-010
Betreff: **Prüfantrag IFS - Antrag FW-PP**
Beschluss: **geändert beschlossen**

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2.7 bis 2.7.4 zusammen aufzurufen und zu beraten. Er stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann lässt nach ausführlicher Beratung zunächst über den Änderungsantrag der Koalition der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen und stellt nach Abstimmung fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss diesem einstimmig zustimmt.

Die Tagesordnungspunkte 2.7.1., 2.7.2 und 2.7.3 sind damit in der Fassung des Änderungsantrages geändert beschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Informationsfreiheitssatzung zu entwerfen, sobald geklärt ist, welcher politische und rechtliche Rahmen für eine Satzung in der Verantwortung des Kreistags besteht. Eine Klärung ist durch eine Anfrage des Kreisausschusses bei der Landesregierung herbeizuführen, durch die festgestellt werden soll, bis wann und mit welchem Inhalt das laut Koalitionsvertrag der Regierungsparteien geplante Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz realisiert werden wird.

Beschluss zu TOP 2.7.2.

Vorlage-Nr.: 1521-2013/DaDi

Aktenzeichen: 099-009

Betreff: **Bürgerauskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz
Antrag Die Linke**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Informationsfreiheitssatzung zu entwerfen, sobald geklärt ist, welcher politische und rechtliche Rahmen für eine Satzung in der Verantwortung des Kreistags besteht. Eine Klärung ist durch eine Anfrage des Kreisausschusses bei der Landesregierung herbeizuführen, durch die festgestellt werden soll, bis wann und mit welchem Inhalt das laut Koalitionsvertrag der Regierungsparteien geplante Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz realisiert werden wird.

Beschluss zu TOP 2.7.3.

Vorlage-Nr.: 2647-2014/DaDi

Aktenzeichen: 099-009

Betreff: **Informationsfreiheitssatzung - Antrag FW-PP**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Informationsfreiheitssatzung zu entwerfen, sobald geklärt ist, welcher politische und rechtliche Rahmen für eine Satzung in der Verantwortung des Kreistags besteht. Eine Klärung ist durch eine Anfrage des Kreisausschusses bei der Landesregierung herbeizuführen, durch die festgestellt werden soll, bis wann und mit welchem Inhalt das laut Koalitionsvertrag der Regierungsparteien geplante Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz realisiert werden wird.

Beschluss zu TOP 2.7.4.

Vorlage-Nr.: 2694-2015/DaDi

Aktenzeichen: 099-009

Betreff: **Informationsfreiheitssatzung - Änderungsantrag SPD, Grüne**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

Zu Vorlage 2647-2014/DaDi: Informationsfreiheitssatzung

Der o.g. Antrag ist wie folgt abzuändern:

(1) Abs. 1 wird wie folgt formuliert: „Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Informationsfreiheitssatzung zu entwerfen, sobald geklärt ist, welcher politische und rechtliche Rahmen für eine Satzung in der Verantwortung des Kreistags besteht. Eine Klärung ist durch eine Anfrage des Kreisausschusses bei der Landesregierung herbeizuführen, durch die festgestellt werden soll, bis wann und mit welchem Inhalt das laut Koalitionsvertrag der Regierungsparteien geplante Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz realisiert werden wird.“

(2) Abs. 2 einschließlich der Ziffern 1 bis 8 des Antrags sind zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.8.

Vorlage-Nr.: 2643-2015/DaDi

Aktenzeichen: 819-007

Betreff: **Energiesicherung - Vermeidung von Stromsperrern - Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt weitere Erläuterungen und beantwortet Fragen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit den ansässigen Energieversorgungsunternehmen die Festlegung eine vierwöchigen Reaktionsfrist nach der ersten Mahnung sowie die Einführung einer Mitteilungspflicht der Energieversorger an eine „Energiesicherungsstelle“ zu vereinbaren.

2. Eine „Energiesicherungsstelle“ (unabhängig von der KfB) wird bei der Kreisverwaltung eingerichtet. Aufgabe der Energiesicherungs-Stelle ist es, die von der Versorgungs-Einstellung bedrohten Haushalte anzuschreiben und ein Hilfeangebot zur formulieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.9.

Vorlage-Nr.: 2475-2014/DaDi

Aktenzeichen: 519-017

Betreff: **Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg - Antrag CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Abg. Köhler (CDU) teilt mit, dass noch fraktionsinterner Beratungsbedarf besteht und bittet keine Beschlussempfehlung herbeizuführen.

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest. **Abg. Köhler** (CDU) erklärt für die Fraktion der CDU, dass diese dem Büro der Kreistagsvorsitzenden rechtzeitig vor der Sitzung des Kreistages mitteilen wird, wie mit dem Antrag verfahren werden soll.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt ein Konzept zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg vorzulegen. Dabei sind folgende Grundsätze zu beachten:

- I. Die Versorgung der Kreisbevölkerung durch qualifizierte Ärzte muss gesichert werden.
- II. Der privatwirtschaftlich, selbstständige Arzt ist die beste Möglichkeit die Versorgung zu sichern. Diese Strukturen zu stärken und zu fördern ist unser vorrangiges Ziel.
- III. Die Gründung von MVZ durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg ist eine höchstens sekundäre Maßnahme zur Sicherung der Versorgung. Diese soll nachweislich wirtschaftlich erfolgen.
- IV. Es ist auf eine gerechte Verteilung des Engagements des Landkreises – je nach Bedarf – in den jeweiligen Kreiskommunen zu achten.

Sollte als letzte Möglichkeit zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums notwendig sein, sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Der Hausärztemangel in der Kommune in der ein MVZ gegründet werden soll muss durch die Kassenärztliche Vereinigung nachgewiesen werden.
2. Der Veräußerer der Arztpraxis muss dem Landkreis nachweisen, dass er trotz aller Bemühungen keinen Nachfolger für seine Praxis finden konnte.

3. Veräußerer dürfen höchstens noch bis zu 6 Monaten nach Übernahme der Praxis in der selbigen arbeiten.
4. Der Kaufpreis für den Hausarztstz muss unter dem Marktniveau liegen.
5. Die Vorteile der dort angestellten Ärzte im Angestelltenverhältnis müssen sich in der Entlohnung widerspiegeln.
6. Die Wirtschaftlichkeit eines geplanten MVZ muss glaubhaft nachgewiesen sein.
7. Es werden grundsätzlich keine Immobilien durch den Landkreis angekauft.
8. Die vom Landkreis betriebenen MVZ müssen hinsichtlich Qualität, Hausbesuche und Öffnungszeiten das Niveau der vorherigen Praxen erreichen.
9. Den angestellten Ärzten muss ausreichend Gestaltungsspielraum eingeräumt werden um ihnen zu ermöglichen die Praxis modern und effizient zu betreiben.
10. Eine Gewinnbeteiligung der Ärzte ist vorzusehen.
11. Für jedes MVZ wird eine zivilrechtliche Gesellschaft gegründet die selbständig handeln kann und nicht zentral aus der Kreisverwaltung gesteuert wird.

Außerdem soll ein Maßnahmenpaket gemeinsam mit den Gemeinden erarbeitet um die Attraktivität des Standortes für niedergelassene Ärzte steigern. In diesem Zusammenhang sind folgende Maßnahmen zu prüfen:

- a. Gewährung von Existenzgründerdarlehen für junge Hausärzte.
- b. Hilfe für Hausärzte bei der Wohnungs- und Praxissuche.
- c. Hilfe bei der Suche nach einem Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung.

Beschluss zu TOP 2.10.

Vorlage-Nr.: 2651-2015/DaDi
Aktenzeichen: 423-001
Betreff: **KiBiS - Antrag CDU**
Beschluss: **geändert beschlossen**

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 2.10 und 2.10.1 zusammen aufzurufen und zu beraten. Er stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Er lässt zunächst über den geänderten Änderungsantrag abstimmen und stellt nach Abstimmung fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss diesen beschlossen hat und stellt fest, dass damit Tagesordnungspunkt 2.10 in Form des geänderten Änderungsantrages geändert beschlossen ist.

Vorbemerkung:

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW-PP bekennen sich zum Erhalt des Kreisjugendheims Ernsthofen und fordern den KA auf, die Vorschläge aus der Betriebsanalyse zur Organisationsform, zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sowie einer bedarfsgerechten Konzeption zu prüfen.

Beschlussvorschlag:

- Der KA wird beauftragt für eine zukünftige Trägerschaft des Kreisjugendheimes Ernsthofen (KiBiS) verschiedene Alternativen zu prüfen, wie insbesondere:
 - Führung als Regiebetrieb des Landkreises
 - Umwandlung in eine gGmbH
 - Beauftragung eines externen Betreibers für den Betrieb
- Dabei soll auch geprüft werden,
 - wie sich der dauerhafte Betriebskostenzuschuss durch weitere konzeptionelle Änderungen oder eine strukturelle Neuausrichtung vermindern lässt.
 - unter welchen Voraussetzungen einem externen gemeinnützigen Betreiber ein Betriebskostenzuschuss gewährt werden kann, bzw. in welcher Höhe ein solcher Zuschuss liegen müsste, um kostendeckend arbeiten zu können
 - Bei der wirtschaftlichen Prüfung sollen steuerrechtliche Gesichtspunkte insbesondere im Hinblick auf die HSE-Anteile mit geprüft werden.

Beschluss zu TOP 2.10.1.

Vorlage-Nr.: 2689-2015/DaDi

Aktenzeichen: 423-001

Betreff: **KiBiS - Änderungsantrag SPD, Grüne**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Köhler (CDU) teilt mit, dass sich die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW-PP auf eine Änderung des Beschlussvorschlages verständigt haben.

Er teilt mit, dass in der Vorbemerkung anstelle von „*Koalitionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen*“ „*Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW-PP*“ aufgenommen werden soll.

Weiter teilt er mit, dass in Punkt 1 „*mit dem Landkreis als Alleingesellschafter*“ und „*ggf. mit Auflagen*“ gestrichen werden soll.

Abg. Köhler (CDU) teilt weiter mit, dass Punkt 2 um einen weiteren Unterpunkt ergänzt werden soll:

- „*Bei der wirtschaftlichen Prüfung sollen steuerrechtliche Gesichtspunkte insbesondere im Hinblick auf die HSE-Anteile mit geprüft werden.*“

Ergänzend erklärt er, dass die Fraktionen darum bitten, dass als Protokollnotiz mit aufgenommen wird, dass bei der Prüfung tarifrechtliche und sozialpolitische Gesichtspunkte, die Zwecksicherung bei einem Betrieb durch externe Betreiber sowie das EU-Beihilferecht berücksichtigt werden sollen.

Erste Kreisbeigeordnete Lück weist darauf hin, dass es sich bei dem Kreisjugendheim Ernsthofen um eine Jugendfreizeit- bzw. Jugendbildungseinrichtung und damit um ein Angebot der offenen Jugendarbeit handelt. Sie erklärt, dass der Jugendhilfeausschuss gemäß § 71 III 2 SGB VIII vor jeder Beschlussfassung der Vertretungskörperschaft in Fragen der Jugendhilfe gehört werden soll.

Erste Kreisbeigeordnete Lück teilt mit, dass sie den Beschluss des Kreistages mit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses nehmen wird und im Ausschuss berichten wird.

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann stellt das Einvernehmen zu dem durch **Abg. Köhler** (CDU) vorgetragenen, geänderten Beschlussvorschlag fest und lässt sodann über den Beschlussvorschlag in geänderter Form abstimmen.

Vorbemerkung:

Die Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW-PP bekennen sich zum Erhalt des Kreisjugendheims Ernsthofen und fordern den KA auf, die Vorschläge aus der Betriebsanalyse zur Organisationsform, zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sowie einer bedarfsgerechten Konzeption zu prüfen.

Beschlussvorschlag:

- Der KA wird beauftragt für eine zukünftige Trägerschaft des Kreisjugendheimes Ernsthofen (KiBiS) verschiedene Alternativen zu prüfen, wie insbesondere:

- Führung als Regiebetrieb des Landkreises
 - Umwandlung in eine gGmbH
 - Beauftragung eines externen Betreibers für den Betrieb
- Dabei soll auch geprüft werden,
 - wie sich der dauerhafte Betriebskostenzuschuss durch weitere konzeptionelle Änderungen oder eine strukturelle Neuausrichtung vermindern lässt.
 - unter welchen Voraussetzungen einem externen gemeinnützigen Betreiber ein Betriebskostenzuschuss gewährt werden kann, bzw. in welcher Höhe ein solcher Zuschuss liegen müsste, um kostendeckend arbeiten zu können
 - Bei der wirtschaftlichen Prüfung sollen steuerrechtliche Gesichtspunkte insbesondere im Hinblick auf die HSE-Anteile mit geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 2524-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-005

Betreff: **Zwischenbericht 3. Quartal 2014 des Eigenbetriebes Da-Di-Werk**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Kreisbeigeordneter Fleischmann beantwortet Fragen.

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs Da-Di-Werk gibt den als Anlage beigefügten Zwischenbericht für das 3. Quartal 2014 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 3.2.

Vorlage-Nr.: 2527-2014/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung Arbeitslosenzahlen (Oktober 2014)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat Oktober 4,6 % beträgt. Im Oktober 2014 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.198 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 426 Personen weniger als im Vormonat September 2014.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Juli 2014	August 2014	September 2014	Oktober 2014
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.020 3,2 %	5.040 3,2 %	4.961 3,2 %	4.723 3,0 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.742 1,8 %	2.848 1,8 %	2.663 1,7 %	2.475 1,6 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.762	7.888	7.624	7.198
Arbeitslosenquote in %	5,0 %	5,0 %	4,9 %	4,6 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (Oktober 2013) um insgesamt 124 Personen gefallen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,7 %). Im Oktober 2013 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.322 Personen arbeitslos gemeldet (4.874 Personen bzw. 3,1 % im Rechtskreis SGB II und 2.448 Personen bzw. 1,6 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	Juli 2014	August 2014	September 2014	Oktober 2014
Bedarfsgemeinschaften	7.221	7.215	7.176	7.119

Dazu waren im Monat September 2014 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.141 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	Juli 14	August 14	September 14	Oktober 14
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,0	5,0	4,9	4,6
Kreis Bergstraße	4,3	4,3	4,2	4,0
Stadt Darmstadt	6,6	6,8	6,6	6,6
Kreis Groß-Gerau	6,3	6,4	6,2	6,0
Odenwaldkreis	5,7	6,2	5,8	5,4

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat September 4,9 %, bei 20.944 Arbeitslosen. Das sind 834 Personen weniger als im Vormonat September 2014.

Beschluss zu TOP 3.3.

Vorlage-Nr.: 2543-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-011

Betreff: **Prolongation von Darlehen des Landkreises ab dem 30.12.2014; Roll-Over-Vereinbarung (500 636 400)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.3, 3.4 und 3.5 zusammen aufzurufen. Er stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Auf Nachfrage von **Abg. Helfmann** (CDU) sagt **Landrat Schellhaas** zu, dem Haupt- und Finanzausschuss eine Erläuterung zur Kenntnis zu geben, warum die Entscheidung für diese Darlehen mit den jeweiligen Zinsbindungen getroffen wurde.

Auf weitere Nachfrage bittet **Landrat Schellhaas** den **Abg. Helfmann** (CDU) um Mitteilung, welche weiteren Informationen im nächsten Jahresbericht mit aufgeführt werden sollen.

Beschluss:

Der nach Ablauf der Zinsbindung ab dem 30.12.2014 erforderlichen Prolongation des Darlehens Nummer 500 636 400 bei der WL Bank in Höhe der Restschuld von

3.696.000,00 EUR

wird wie folgt zugestimmt:

Der Abschluss erfolgt in Form einer Roll-Over-Vereinbarung bei der **Commerzbank AG** auf Grundlage des Sechs-Monats-Euribors zuzüglich einem Aufschlag in Höhe von **0,153 %** für die Laufzeit bis zum **30.06.2016** bei halbjährlichen Zins- und Tilgungsleistungen.

Insgesamt wurden für das Darlehen die folgenden Konditionen gesichert:

Vertragsnummern		Zinssatz aus dem Payer- Swap	Aufschlag aus dem variablen Darlehen	Summe Zinssatz	Enddatum Darlehen
Darlehen Nr. vor der Prolongation	Payer-Swap Referenz-Nr.				
500 636 400	318 78 71	4,15 %	+ 0,153 %	4,303 %	30.06.2016

Beschluss zu TOP 3.4.

Vorlage-Nr.: 2544-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-011

Betreff: **Prolongation von Darlehen des Landkreises ab dem 30.12.2014; Roll-Over-Vereinbarung (640 001 046)**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Der nach Ablauf der Zinsbindung ab dem 30.12.2014 erforderlichen Prolongation des Darlehens Nummer 640 001 046 bei der Sparkasse Darmstadt in Höhe der Restschuld von

1.253.367,69 EUR

wird wie folgt zugestimmt:

Der Abschluss erfolgt in Form einer Roll-Over-Vereinbarung bei der **Commerzbank AG** auf Grundlage des Sechs-Monats-Euribors zuzüglich einem Aufschlag in Höhe von **0,168 %** für die Laufzeit bis zum **30.06.2017** bei halbjährlichen Zins- und Tilgungsleistungen.

Insgesamt wurden für das Darlehen die folgenden Konditionen gesichert:

Vertragsnummern		Zinssatz aus dem Payer- Swap	Aufschlag aus dem variablen Darlehen	Summe Zinssatz	Enddatum Darlehen
Darlehen Nr. vor der Prolongation	Referenz-Nr.				
640 001 046	193 79 34	4,50 %	+ 0,168 %	4,668 %	30.06.2017

Beschluss zu TOP 3.5.

Vorlage-Nr.: 2545-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-011

Betreff: **Prolongation von Darlehen des Landkreises ab dem 30.12.2014; Roll-Over-Vereinbarung (640 001 054)**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Der nach Ablauf der Zinsbindung ab dem 30.12.2014 erforderlichen Prolongation des Darlehens Nummer 640 001 054 bei der Sparkasse Darmstadt in Höhe der Restschuld von

2.249.013,31 EUR

wird wie folgt zugestimmt:

Der Abschluss erfolgt in Form einer Roll-Over-Vereinbarung bei der **Commerzbank AG** auf Grundlage des Sechs-Monats-Euribors zuzüglich einem Aufschlag in Höhe von **0,158 %** für die Laufzeit bis zum **30.09.2016** bei halbjährlichen Zins- und Tilgungsleistungen.

Insgesamt wurden für das Darlehen die folgenden Konditionen gesichert:

Vertragsnummern		Zinssatz aus dem Payer- Swap	Aufschlag aus dem variablen Darlehen	Summe Zinssatz	Enddatum Darlehen
Darlehen Nr. vor der Prolongation	Payer-Swap Referenz-Nr.				
640 001 054	273 89 54	3,985 %	+ 0,158 %	4,143 %	30.09.2016

Beschluss zu TOP 3.6.

Vorlage-Nr.: 2552-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-004

Betreff: **Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 1.400.000,00 EUR für den Eigenbetrieb Kreiskliniken zum 25.11.2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Stellvertretender Vorsitzender Schuchmann schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.6 und 3.7 zusammen aufzurufen. Er stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Beschluss:

Zur Finanzierung von der Umbaumaßnahmen am Standort Jugenheim wird der Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens bei der **KfW Bankengruppe** in Höhe von

1.400.000,00 EUR

zu einem Zinssatz von **0,87 %** zugestimmt.

Die Zinsbindung entspricht der Gesamtlaufzeit von 25 Jahren.

Die Tilgung erfolgt in 50 identischen Halbjahresraten in Höhe von jeweils 28.000,00 EUR.

Ausgezahlt wird das Kapital am 25.11.2014.

In Anspruch genommen wird die Kreditermächtigung des Wirtschaftsjahres 2013.

Beschluss zu TOP 3.7.

Vorlage-Nr.: 2553-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-004

Betreff: **Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 950.000,00 EUR für den Eigenbetrieb Kreiskliniken zum 25.11.2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Zur Finanzierung von der Erweiterung und Modernisierung der Geriatrischen Abteilung in Groß-Umstadt wird der Neuaufnahme eines Kommunaldarlehens bei der **KfW Bankengruppe** in Höhe von

950.000,00 EUR

zu einem Zinssatz von **0,78 %** zugestimmt.

Die Zinsbindung entspricht der Gesamtlaufzeit von 20 Jahren.

Die Tilgung erfolgt in 40 identischen Halbjahresraten in Höhe von jeweils 23.750,00 EUR.

Ausgezahlt wird das Kapital am 25.11.2014.

In Anspruch genommen wird die Kreditermächtigung des Wirtschaftsjahres 2013.

Beschluss zu TOP 3.8.

Vorlage-Nr.: 2574-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-003

Betreff: **Darlehen des Hessischen Investitionsfonds – Abteilung B;
Schulbaupauschaldarlehen für das Wirtschaftsjahr 2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

Der Aufnahme des für das Wirtschaftsjahr 2014 bewilligten Schulbaupauschaldarlehens
in Höhe von

1.629.000,00 €

der Abteilung B des Hessischen Investitionsfonds wird zugestimmt.

Der Abruf erfolgt im Wirtschaftsjahr 2018.

Beschluss zu TOP 3.9.

Vorlage-Nr.: 2580-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-009

Betreff: **3. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebes "KiBiS"**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Gemäß § 21 Eigenbetriebsgesetz legt die Betriebsleitung den 3. Vierteljahresbericht 2014 zur Kenntnisnahme und Unterrichtung vor.

Beschluss zu TOP 3.10.

Vorlage-Nr.: 2603-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-015

Betreff: **3. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt

den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das 3. Quartal 2014 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 3.11.

Vorlage-Nr.: 2633-2014/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung Arbeitslosenzahlen (November 2014)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat November 4,6 % beträgt. Im November 2014 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.134 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 64 Personen weniger als im Vormonat Oktober 2014.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	August 2014	September 2014	Oktober 2014	November 2014
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.040 3,2 %	4.961 3,2 %	4.723 3,0 %	4.716 3,0 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.848 1,8 %	2.663 1,7 %	2.475 1,6 %	2.418 1,6 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.888	7.624	7.198	7.134
Arbeitslosenquote in %	5,0 %	4,9 %	4,6 %	4,6 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (November 2013) um insgesamt 68 Personen gefallen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,7 %). Im November 2013 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.254 Personen arbeitslos gemeldet (4.849 Personen bzw. 3,1 % im Rechtskreis SGB II und 2.405 Personen bzw. 1,6 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	August 2014	September 2014	Oktober 2014	November 2014
Bedarfsgemeinschaften	7.215	7.176	7.119	7.151

Dazu waren im Monat November 2014 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.144 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	August 14	September 14	Oktober 14	November 14
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,0	4,9	4,6	4,6
Kreis Bergstraße	4,3	4,2	4,0	4,0
Stadt Darmstadt	6,8	6,6	6,6	6,6
Kreis Groß-Gerau	6,4	6,2	6,0	5,9
Odenwaldkreis	6,2	5,8	5,4	5,3

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat November 4,9 %, bei 20.812 Arbeitslosen. Das sind 132 Personen weniger als im Vormonat Oktober 2014.

Beschluss zu TOP 3.12.

Vorlage-Nr.: 2641-2015/DaDi

Aktenzeichen: 290-020

Betreff: **Inklusionsbericht 2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück beantwortet Fragen.

Erste Kreisbeigeordnete Lück legt den vom Fachbereich Soziales, Pflege und Senioren erstellten Inklusionsbericht 2014 für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis vor.

Beschluss zu TOP 3.13.

Vorlage-Nr.: 2662-2015/DaDi

Aktenzeichen: 412-002

Betreff: **Aktualisierung der Richtlinie zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zum 01.02.2015**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück erläutert die als Tischvorlage vorliegenden Richtlinien.

Beschluss:

Der Beschluss des Kreisausschusses vom 13.01.2015 zur Vorlage Nr. 2596-2014/DaDi wird aufgehoben.

Die gemäß § 22 Absatz 1 des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) bzw. § 35 Absatz 1 des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) zu übernehmenden Kosten der Unterkunft und Heizung werden ab 01.02.2015 nach der nachstehend erläuterten endgültig aktualisierten Richtlinie für den Landkreis Darmstadt-Dieburg bemessen und auf alle Fälle von Neubewilligung und Weiterbewilligung angewandt.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Landrat Schellhaas beantwortet mündlich die Anfrage „Werbung durch den Landrat für Interamt.de“ der CDU-Fraktion (Vorlage-Nr.: 2649-2015/DaDi) und gibt weitere Erläuterungen. Die schriftliche Beantwortung erfolgt in der Sitzung des Kreistages am 09.02.2015 unter Tagesordnungspunkt 21.

Weitere Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

Vorsitzender Schuchmann schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 5. Februar 2015

Werner Schuchmann
Vorsitzender

Johanna Schwarz
Schriftführerin